

Inhaltsverzeichnis

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Entwurf der Tagesordnung	Seite 2
Entwurf des Zeitplanes	Seite 3
Geschäftsordnung des 9. Landesparteitages	Seiten 4 - 6
Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages	Seiten 7 - 8
Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2006	Seiten 9 - 29

Die Linkspartei.PDS
Landesverband Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

Entwurf

T a g e s o r d n u n g

der 3. Tagung des 9. Landesparteitages der
Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt
am 12. November 2005 in Magdeburg

1. Eröffnung des Landesparteitages
2. Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
3. Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation
4. Einbringung des Entwurfes des Landeswahlprogramms
5. Diskussion zu den Reden und zum Entwurf des Landeswahlprogramms
6. Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Beschluss über das Landeswahlprogramm
9. Schlusswort

Die Linkspartei.PDS
Landesverband Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

Entwurf

Z e i t p l a n

der 3. Tagung des 9. Landesparteitages der
Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt
am 12. November 2005 in Magdeburg

10.00 – 10.10 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages
10.10 – 10.20 Uhr	Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
10.20 – 10.40 Uhr	Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation
10.40 – 11.00 Uhr	Einbringung des Entwurfes des Landeswahlprogramms
11.00 – 12.00 Uhr	Diskussion zu den Reden und zum Entwurf des Landeswahlprogramms
12.00 – 12.30 Uhr	Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion
12.30 – 13.30 Uhr	Mittagspause
13.30 – 13.35 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
13.35 – 15.30 Uhr	Fortsetzung der Diskussion zu den Reden und zum Entwurf des Landeswahlprogramms
15.30 – 16.00 Uhr	Beschluss über das Landeswahlprogramm
16.00 Uhr	Schlusswort und Ende der 3. Tagung

G e s c h ä f t s o r d n u n g

des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18. Juni 2005)

1. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Arbeitspräsidium geleitet.
2. Alle gewählten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern Statut oder Satzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend sind.
3. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.
4. Die Wahl des Arbeitspräsidiums und der Kommissionen erfolgt quotiert in offener Abstimmung und getrennt voneinander. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden. Wählbar sind alle gewählten Delegierten des Landesparteitages.
Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.
5. Wortmeldungen sind dem Arbeitspräsidium schriftlich einzureichen. Das Arbeitspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für DiskussionsrednerInnen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die AntragstellerInnen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen. Das Arbeitspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an DiskussionsrednerInnen begrenzen.
6. Anträge an den Landesparteitag, die nach Antragsschluss gestellt werden, sind schriftlich einzureichen und erfordern, wenn sie zur Beratung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens 10 Prozent der Delegierten.

Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.

Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.

7. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antrags- und Redaktionskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jeden Delegierten gestellt werden.

8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort. Die Redezeit beträgt für Antragsteller/in sowie Für- und Gegenredner/in jeweils maximal 2 Minuten. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.

9. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird und sofern Statut oder Satzung nichts anderes bestimmen.

Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Delegiertenkarte.

10. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der delegierten Frauen ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden. Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für die Tagungsmodalitäten macht das Arbeitspräsidium Vorschläge.

11. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes gegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

12. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.

207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247

- 13. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.
- 14. Funktelefone sind im Konferenzsaal auszuschalten.
- 15. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.

Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages

(Gewählt auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18. Juni 2005)

Arbeitspräsidium

Heidemarie Ehlert	Dessau
Rosemarie Hein	Magdeburg
Katrin Kunert	Stendal
Jana Lankau	Bernburg
Ruth Rothe	Salzwedel
Annemarie Schuhart	Saalkreis
Gudrun Tiedge	Bördekreis
Petra Weiher	Köthen
Achim Bittrich	Halle
Hans-Werner Brüning	Magdeburg
Roland Claus	Halle
Klaus Czernitzki	Ohrekreis
Frank Hoffmann	Dessau
Matthias Höhn	Sangerhausen
Uwe Loos	Wittenberg
Stefan Müller	Mansfelder Land

Antragskommission

Sabine Dirlich	Schönebeck
Regina Frömert	Magdeburg
Sandra Heiß	Merseburg-Querfurt
Angelika Klein	Mansfelder Land
Henriette Quade	Halle
Anja Stiedenroth	Mansfelder Land
Iris Töpsch	Sangerhausen
Frank Baier	Halle
Detlef Eckert	Halberstadt
Frank Thiel	Burgenlandkreis

Mandatsprüfungskommission

Ada Ahrens	Quedlinburg
Monika Krüger	Halle
Renate Schur	Jerichower Land
Wolfram Altekrüger	AG Betrieb und Gewerkschaft
Friedrich Rabe	Bördekreis

289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329

Wahlkommission

Monika Andrich
Halina Anton
Brigitte Böttcher
Kora Brandner
Ines Daniel
Anita Graf
Ute Haupt
Ilona Iffarth
Heide Schüler
Kevin Amthor
Michael Finger
Günter Herder
Horst Karczmarczyk
Hans-Jörg Krause
Günter Rettig

Dessau
AG Bildungspolitik
Wernigerode
Burgenlandkreis
Stendal
Anhalt-Zerbst
Halle
Saalkreis
Ohrekreis
Merseburg-Querfurt
Merseburg-Querfurt
Bitterfeld
Weißenfels
Salzwedel
Stendal

Entwurf

Wahlprogramm für die Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt leben und Zukunft gestalten **– modern und sozial gerecht** *(Arbeitstitel)*

Sachsen-Anhalt befindet sich seit Jahren in einer schwierigen Situation. Ungeachtet ständiger Beteuerungen von CDU und FDP, dass es mit dem Land nun endlich aufwärts ginge: Auch unter der CDU-geführten Landesregierung „wetteifert“ das Land bei den Arbeitslosenzahlen um den letzten Platz in der Liste aller Bundesländer. Vom angeblichen Aufwärtstrend kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern wenig an. Die Ansiedelung neuer Unternehmen geht schleppend voran, Arbeitsplätze werden in der Summe weiter abgebaut. Die Aussichten scheinen düster, auch wenn sich die Regierenden im Schönreden üben. Viele, vor allem junge und hochqualifizierte, Menschen suchen ihre Lebensperspektive darum außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt.

Ist diese Entwicklung zwangsläufig?

CDU und FDP binden ihre Politik an das Prinzip Hoffnung. Sie hoffen, dass es möglich ist die wirtschaftliche Aufholjagd dadurch zu gewinnen, dass soziale Standards weiter abgebaut werden, dass das Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“ Menschen aktivieren könnte und dass Jobs im Niedriglohnbereich und mit geringerer rechtlicher Sicherung für Menschen ohne Arbeit einen Anreiz darstellen könnten.

Der Aufbau Ost als Nachbau West ist gescheitert. Der Versuch, den Aufholprozess durch Lohndumping und Sozialabbau doch noch gewinnen zu können, entbehrt jeder Grundlage.

Die SPD dagegen übt sich in Ernüchterung und stellt seit Monaten die Lage des Landes als aussichtslos dar. Ihr Konzept heißt sich mit dem zu begnügen, was da ist, und sich darauf einzustellen, dass sich die finanzielle Lage des Landes auch im nächsten Jahrzehnt nicht verbessern wird. Sie wollen das Elend nur besser verwalten als die CDU und dabei nicht so unsozial sein wie sie.

371 Beide Lager haben im Bundesrat dafür gesorgt, dass Hartz IV in Kraft treten
372 konnte. Mehr Arbeitsplätze hat auch das nicht gebracht und so ist die
373 gebetsmühlenartige Wiederholung der These, dass es sich bei den Arbeitsmarkt-,
374 Gesundheits- und Rentenreformen um Akte sozialer Gerechtigkeit handele, blanke
375 Schönrederei oder auch das Pfeifen im Walde, in dem man sich selbst nicht mehr
376 auskennt.

377
378 Die Linkspartei.PDS hat sich die Frage gestellt, ob diesen im Grunde
379 pessimistischen oder auch den zweckoptimistischen Ansichten der anderen etwas
380 entgegengesetzt werden kann, das Sachsen-Anhalt mehr als 15 Jahre nach der
381 deutschen Einheit endlich einen **Weg zu einem dauerhaften wirtschaftlichen**
382 **Aufschwung** eröffnet und das sozialen Ausgleich nicht zur Disposition stellt
383 sondern vielmehr befördert.

384 Wir haben die Stärken und die Schwächen dieses Landes gewogen und befunden:
385 **Es ist möglich.**

386 Es ist möglich den scheinbar zwingenden Teufelskreis zu durchbrechen, wenn
387 Politik und Unternehmen, wenn Gewerkschaften, Universitäten und Forschungs-
388 einrichtungen, wenn Umwelt- und Sozialverbände sich zusammentun und die
389 Möglichkeiten dieses Landes in Wissenschaft und Wirtschaft, in Kultur und
390 Tourismus, in Stadt und Land entwickeln.

391 Es ist möglich, wenn die Menschen ihre Dinge vor Ort in die eigenen Hände
392 nehmen und mittun können.

393 Es ist möglich, wenn gesetzliche Regelungen und politisches Handeln sowie die
394 zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel darauf konzentriert werden die
395 Potenziale dieses Landes zu stärken und so den Menschen in diesem Land eine
396 lebenswerte Perspektive eröffnen.

397
398 Dafür will die Linkspartei.PDS mit diesem Wahlprogramm ein Angebot machen. Es
399 geht uns um einen **Richtungswechsel in der Politik**. Wir wollen andere, klare
400 Prioritäten setzen, die dem Land einen Weg aus der derzeitigen Misere
401 ermöglichen. Sie sind **wirtschaftlich zukunftsfähig, ökologisch nachhaltig und**
402 **sozial gerecht**. Wir verbinden mit ihnen einen Anspruch auf Erneuerung und
403 moderne und zeitgemäße Entwicklungswege, die alle gesellschaftlichen Bereiche
404 durchziehen sollen – von der Wissenschaft und der Wirtschaft über die gesamte
405 Bildungspolitik, die Entwicklung einer vorsorgenden Sozialpolitik bis zur
406 kulturellen Infrastruktur und zur Kommunalpolitik.

407 **Wir fassen dies zusammen im Begriff „Innovation“.**

408 Das alles geht **nur demokratisch**. Wir setzen darum auf die direkte Einbeziehung
409 von Betroffenen. Das ist für uns ebenso ein Gebot wie die strikte Ablehnung aller
410 fremdenfeindlichen, ausgrenzenden und rassistischen und antisemitischen
411 Tendenzen und wie unser Engagement für einen dauerhaften Frieden ohne

Kriegsübungsplätze. Dafür wollen wir **zivilgesellschaftliches Engagement stärken**. Wir wollen, dass sich dieses Land mit und durch das aktive Handeln seiner Einwohnerinnen und Einwohner jeden Alters entwickeln kann, denn die Menschen mit ihren Ideen und Erfahrungen sind das beste und zukunftsfähigste Potenzial, das es besitzt.

1. Eine neue Wirtschaftspolitik ist nötig

Die Zukunft von Sachsen-Anhalt liegt nicht nur in Logistik- und Callcentern. Der Wettbewerb zwischen den Regionen, mit Fördermitteln um die Ansiedlung verlängerter Werkbänke zu kämpfen, schafft keine dauerhaften Arbeitsplätze. Eine hohe Wertschöpfung findet dort statt, wo sich Wissen in innovativen und marktfähigen Produkten umsetzt. Eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt wird es nur dann geben, wenn Grundlagenforschung sich in modernen Technologien und wissensbasierter Produktion niederschlägt. Das Land verfügt über beachtliche **innovative wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale**. Diese müssen entschieden gestärkt werden. Insbesondere sollen jene Technologien und Verfahren gefördert werden, die helfen den Verbrauch natürlicher Ressourcen in der Wirtschaft zu senken.

Die Entwicklung und Nutzung **erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe** muss ein Markenzeichen für Sachsen-Anhalt werden. Impulse für Forschung und Produktion sind auf dem Feld der Biotechnologie, bei nachwachsenden Rohstoffen und dem Einsatz regenerativer Energiequellen ausgelöst worden. Diese müssen stärker zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen können. Im Bereich der Ernährungswirtschaft Sachsens-Anhalts ist das Weißenfelder Netzwerk erfolgreiches Beispiel dafür.

In Sachsen-Anhalt ist die Entwicklung **technischer Kompetenzfelder** vorangekommen, die zunehmend zur Wertschöpfung beitragen; so die Nanotechnologie, die Mikrosystemtechnik, die Medizin und die Pharmaforschung. Aber auch Chemieindustrie und Kunststoffe verarbeitende Betriebe sowie der Maschinen- und Anlagenbau sind entscheidend für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik muss es sein die einheimischen Unternehmen auf zukunftsfähiger Grundlage zu stabilisieren und mit einer **gezielten Strukturpolitik** als Fundament für eine künftige innovationsgetragene Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehören die bessere Kapitalausstattung junger und innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen und Hilfestellungen bei konkreten Vorhaben, wie z.B. zur Erschließung neuer Märkte. Existenzgründungen in neuen, zukunftsfähigen Arbeitsfeldern brauchen eine verlässliche Grundlage. Gerade

klein- und mittelständische Unternehmen, die neue Technologien nutzen wollen, benötigen Risikokapital. Das wollen wir durch einen entsprechenden **Landesbürgerschaftsfonds** zur Verfügung stellen.

Deshalb muss auch die Arbeit der bestehenden Technologie-, Innovations-, Technologietransfer- und Gründerzentren verstetigt werden. Die Vergabe von Fördermitteln muss an Kriterien gebunden werden wie Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Anzahl und Qualität der Arbeits- und Ausbildungsplätze und Ausbau von Forschung und Entwicklung.

Wo wissensbasierte Arbeit Einzug hält, wird in der Regel einfache Arbeit abgelöst. Auch wenn weiterhin traditionelle und weniger wissensbasierte Tätigkeitsfelder bestehen bleiben, sind vorrangig die Unternehmen zu fördern, die neben einer hochqualifizierten Erstausbildung ihren Beschäftigten eine berufsnahe und einsatzbezogene **berufliche Weiterbildung** ermöglichen.

Lebenslanges Lernen ist eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft. Sachsen-Anhalt braucht ein zukunftsorientiertes Investitionsprogramm, das Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur umfasst. Dafür sind öffentliche und private Investitionen dringend erforderlich.

Die Wirtschaftsförderung kann und darf sich nicht nur auf die „Leuchttürme“ des Wachstums konzentrieren. Sachsen-Anhalt ist ein Land mit ländlichen Räumen und mit Zentren zukunftsfähiger Industrieansiedelungen. In den **ländlichen Räumen** muss eine Neuorganisation von Wirtschaft, Beschäftigung und sozialen Lebensfeldern gefördert werden. Beispiele hierfür sind die Entwicklung der Produktion und Vermarktung regionaler Nahrungsgüter, die stoffliche und energetische Verwertung von Biomasse, die Gewinnung regenerativer Energien aber auch die soziale Organisation und Entwicklung des ländlichen Lebens.

2. Wissen schafft Arbeit

Forschung ist Umwandlung von Geld in Wissen, Innovation Umwandlung von Wissen in Geld. Für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung braucht darum das Land eine vielgestaltige und **leistungsfähige Wissenschafts- und Hochschullandschaft**. Darum müssen Forschungs- und Bildungseinrichtungen entwickelt und nicht durch ständige Finanzkürzungen in ihrer Profilierung begrenzt werden. Wir wollen, dass die Hochschuleinrichtungen ihre Studienangebote erweitern und exzellente Studienbedingungen vorhalten können. Angesichts der zurückgehenden Zahlen von Schulabgängerinnen und Schulabgängern in den nächsten Jahren halten wir es für geboten über den Tellerrand des Landes hinaus zu schauen. Wir wollen um junge Menschen werben. Sie sollen auch aus anderen Bundesländern und aus Europa nach Sachsen-Anhalt kommen und

hier gute Studien-, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine attraktive kulturelle und soziale Infrastruktur vorfinden. Dadurch motivieren wir junge Menschen ihre Perspektive in Sachsen-Anhalt zu suchen oder sich in ihrer Herkunftsregion als Werbende für unser Land einzusetzen. Ein **gebührenfreies Studium und wissenschaftliche Nachwuchsförderung** sind dafür wichtige Voraussetzungen. Solche Ziele und ihre verlässliche Finanzierung sollen mit den Hochschulen des Landes mittelfristig vereinbart werden. Wir halten es für gerechtfertigt, dass die finanziellen Voraussetzungen dafür durch einen Bildungsfinanzausgleich auf Bundes- und Europaebene geschaffen werden.

Von der Arbeit an Wissenschaftseinrichtungen können tragfähige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausgehen. Wissenschaftspotenziale des Landes bilden das Fundament, auf dem sich innovative Unternehmen entwickeln oder neu gründen, existenzsichernde, qualifizierte Arbeitsplätze entstehen und neue Ideen zur Lösung von spezifischen Problemen der Landesentwicklung geboren werden können. Darum fördern wir den **Transfer von Leistungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft** durch Erkenntnisse aus Produkt- und Verfahrensforschung sowie innovativer Dienstleistungen, durch Ausgründungen, Neugründungen und Beteiligung an Unternehmen durch Beschäftigte und die Hochschule selbst. Wir wollen Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich, die auf neue moderne und zukunftsfähige Technologien setzen, unterstützen und verlässlich fördern. Hochschulen sollen in die Lage versetzt werden durch wissenschaftliche Höchstleistungen verstärkt Drittmittel einzuwerben. Sie sollen zudem verlässlicher Partner für Klein- und Mittelunternehmen werden, auch um deren geringe Ausstattung mit Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auszugleichen. Zur zusätzlichen Stärkung der Finanzbasis der Wissenschaftseinrichtungen und der Forschung in kleinen und mittleren Unternehmen soll diese mehr als bisher aus EU- und Bundesmitteln finanziert werden.

Wer auf Innovation setzt und neue wissenschaftliche und technologische Felder erschließen will, darf mit den möglichen Folgen nicht leichtfertig umgehen. Neue Technologien und wissenschaftliche Erkenntnisse, insbesondere aus sensiblen Bereichen, und ihre Anwendung brauchen die **kritische und öffentliche Debatte**. Wir stehen dafür, dass solche Forschungen und technologischen Entwicklungen im Für und Wider verantwortungsbewusst öffentlich diskutiert werden.

3. Von Arbeit soll man leben können

Mindestens die letzten zehn Jahre haben gezeigt: Die alte Ideologie, fortwährende Steuerentlastung brächte ausreichend Wirtschaftswachstum und

könne so die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen, hat sich als hartnäckige Legende erwiesen.

Für die Linkspartei.PDS steht die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** im Zentrum aller Bemühungen. Es müssen Bedingungen für mehr tariflich entlohnte Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Lohn- und Sozialdumping, Einschränkung ökologischer Standards und Aushebelung demokratischer Teilhabe führen in eine Sackgasse und zur Entvölkerung ganzer Landstriche und Stadtteile. Sie dürfen nicht länger hingenommen werden. Lohndumping bringt außerdem vor allem kleine Unternehmen in einen ruinösen Konkurrenzkampf. Wir fordern statt unhaltbarer neoliberaler Versprechen haltbare Mindestlöhne auf tariflicher und gesetzlicher Ebene.

Die Linkspartei.PDS ist sich darüber im Klaren, dass mit der verstärkten Entwicklung von Unternehmen, die auf neue Technologien setzen, zwar die wirtschaftliche Stabilität des Landes gestärkt werden kann, aber bei weitem nicht so viele Arbeitsplätze geschaffen werden können, wie benötigt werden um die extrem hohe Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen. Auf der anderen Seite gibt es in Sachsen-Anhalt wie in den anderen Bundesländern auch einen erhöhten Bedarf an dauerhaft zu leistender Arbeit im Bereich der sozialen Beratung und Betreuung und in der kulturellen Arbeit, im Bereich der Bildung, bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und im Umweltbereich. Die Linkspartei.PDS wendet sich dagegen diese wichtigen **sozialen, kulturellen und anderen Dienstleistungen** zu großen Teilen durch 1-€-Jobs abzudecken. Wir sind dafür hier durch öffentliche Förderung versicherungspflichtige und tarifgebundene **dauerhafte Arbeitsplätze** zu entwickeln. Dass dies möglich ist, hat das auf Vorschlag der Linkspartei.PDS ins Leben gerufene Feststellenprogramm in der Jugendarbeit gezeigt, das über einen Zeitraum von sieben Jahren verlässliche Stellen in der Jugendarbeit von Kommunen, bei Vereinen und Verbänden gesichert hat.

Hartz IV ist für viele Menschen bittere Realität. Aber was so ist, muss so nicht bleiben. Die Proteste auf den Straßen und der starke Zuspruch zum Projekt Linkspartei haben bereits den Druck auf die herrschende Politik spürbar verschärft, die schlimmsten sozialen Vergehen zumindest abzumildern. Doch wir wollen mehr: **Arbeit in Würde statt „Ein-Euro-Jobs“, Niedriglohn und Schwarzarbeit.**

Wir treten dafür ein, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als Arbeitslosengeld II zuzüglich der Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus "Ein-Euro-Jobs" erhalten und als Nettolohn, also als Arbeitnehmer mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen. So können die Zwänge und Demütigungen, die ihnen Hartz IV sonst zumutet, vermieden werden. Zudem können mit diesen Geldern und ggf. durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre,

versicherungspflichtige und existenzsichernde zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden – und zwar dort, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beeinträchtigung der Privatwirtschaft kann dabei vermieden werden.

Beschäftigte in Bereichen mit geringer Wertschöpfung dürfen nicht länger zu Verlierern abgestempelt werden. Ihre Arbeit soll für sie selbst und für die Unternehmen lohnender werden, und zwar nicht durch Kürzung der Nettolöhne, sondern durch gezielte **Lohnkostenzuschüsse aus öffentlicher Hand**. Die Sozialabgaben für besonders schlecht bezahlte Personengruppen in bestimmten Branchen sollen aus Steuermitteln finanziert werden um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Dies ist ein Vorschlag aus Sachsen-Anhalt – die „Magdeburger Alternative“ der Professoren Schöb und Weimann – und sie sollte in Sachsen-Anhalt auch als bundesweites Pilotprojekt erprobt und eingeführt werden.

Die Linkspartei.PDS wird alle Initiativen unterstützen, die geeignet sind **mehr Ausbildungsplätze im dualen System** zu schaffen. Dazu gehören Lehrstellen in Betrieben, in Verbundausbildung und wenn nötig auch in überbetrieblicher Ausbildung. „Ehrenrunden“ und „Warteschleifen“ für Berufsanfänger sollen vermieden werden und bleiben für uns nur eine Notlösung.

Besonders der Berufseinstieg ist für viele, die erfolgreich eine Ausbildung abgeschlossen haben, eine hohe Hürde. Wir wollen Kooperationsmodelle unterstützen, in denen mehrere kleine Unternehmen Netzwerke bilden und einen Pool von Arbeitskräften finanzieren. Die Linkspartei.PDS hat mit ihrem Programm „JINA – Jugend in Arbeit“ unter anderem vorgeschlagen Programme wie „Enterprise“ als Existenzgründungsoffensive oder „Jugend baut auf“ aufzulegen oder fortzuführen.

In erster Linie geht es uns um reguläre Ausbildungen oder sozialversicherungspflichtige Arbeit. Sie haben eindeutig Vorrang bei der beruflichen Integration. Ergänzend zu den bisherigen Bund-Länder-Programmen sollen jedoch **landesspezifische Fördermaßnahmen** im Zusammenwirken mit Jugendhilfeträgern und Sozialämtern, der Wirtschaft, Arbeitsagenturen, den Kammern und sozialen Einrichtungen für den Einstieg in den Beruf auf den Weg gebracht werden. Das betrifft sowohl die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen als auch den Übergang ins Berufsleben nach der Ausbildung. Für Jugendliche mit Benachteiligungen wollen wir eine kooperative Förderstruktur in der Jugendberufshilfe als Modellversuch einrichten. Benachteiligten Jugendlichen muss die Suche nach Hilfen erleichtert werden. Wir können uns vorstellen, dass solche Angebote in allen Kreisen durch kommunale oder freie Träger mobil oder in Jugendberatungsstellen gemacht werden.

4. Linke wirtschaften sozial gerecht – Für eine solide und zukunftsfähige Haushaltspolitik

Stabile öffentliche Haushalte sind für die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt eine wichtige politische Zielgröße – wobei sich das Land auch in dieser schwierigen Haushaltssituation nicht aus seiner sozialen Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger stehlen darf.

Unter dem Gesichtspunkt schrumpfender Haushaltsmittel wird es zukünftig wichtiger denn je sein festzulegen, welche **öffentlichen Aufgaben** der Staat künftig für seine Bevölkerung erfüllen will und welche finanziellen Mittel dafür erforderlich sind.

Wir werden alle Aufgaben des Haushaltes einer **radikalen und kritischen Überprüfung** unterziehen. Investitionen und Entscheidungen müssen auf ihre langfristigen Wirkungen und ihre Folgekosten hin überprüft werden. Das gilt auch für die Notwendigkeit von Landesbeteiligungen und für Landesbetriebe. Die **Förderprogramme von EU, Bund und Land** sollen bei der Investitionsbank des Landes **konzentriert und zusammengeführt** werden.

Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalts wird sich nachhaltig für eine **Demokratisierung von Haushaltspolitik** einsetzen. Mit dem Landeshaushalt entscheiden wir über Belange von vielen Betroffenen, von Kommunen, Institutionen, Vereinen und Verbänden. Darum müssen die Betroffenen in die Erarbeitung und die Entscheidung haushaltspolitischer Ansätze konsequent mit einbezogen werden. Die Entscheidungen möglichst weit nach unten zu verlagern, ist einer unserer demokratischen Grundsätze. Aufgaben, die vor Ort erfüllt werden können, sollen auch dort erledigt werden. Daraus kann sich ein beträchtlicher Abbau von Bürokratie ergeben.

Schuldenabbau ist auch ein Ziel der Linkspartei.PDS. Allerdings nicht um jeden Preis. Wenn es die Situation im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes erfordert, sind wir bereit auch künftig Kredite aufzunehmen. Die Mittel sollen eingesetzt werden für Wertschöpfung und Zukunftsfähigkeit sowie für Bildung.

Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Das ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern wir wollen diesen Anspruch auch im Landeshaushalt untersetzen.

Wir meinen, dass der bisherige Begriff einer Investitionsquote nicht in der Lage ist als Ausdruck einer nachhaltigen Haushaltspolitik in einer wissensbasierten Gesellschaft zu dienen. Deshalb sollte er ersetzt werden durch den Begriff einer **Bildungsquote**, die den Anteil des Landeshaushaltes für Ausgaben im Bereich der Bildung – angefangen bei der vorschulischen, über die schulische, Hochschul-

658 bildung, der Aus- und Weiterbildung bis hin zu Mitteln in Forschung und
659 Entwicklung, angibt.

660
661 Eine solche Wende in der Haushaltspolitik lässt sich nicht ohne Mitwirkung der
662 Kommunen gestalten. Ihre finanzielle Situation muss daher gestärkt werden. Die
663 Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalts fordert deshalb nach wie vor eine **bundesweite**
664 **Gemeindefinanzreform** ein, die kommunale Selbstverwaltung und die Erfüllung
665 der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglicht. Auf Landesebene
666 muss nach unserer Meinung ein neuer Finanzausgleich zwischen Land und
667 Kommunen aufgestellt werden, der über einen längeren Zeitraum Bestand hat und
668 den Kommunen tatsächlich einen Finanzbedarf zuweist, der für deren spezifische
669 Aufgabenerfüllung unabdingbar ist. Dabei sollen die soziale Situation und die
670 zentralörtliche Rolle einzelner Kommunen stärker Beachtung finden.

671 672 673 ***5. Auf den Anfang kommt es an!***

674 ***Gemeinsam lernt sich's besser. Eine Schule für alle Kinder schaffen***

675
676 Wir wollen und können uns nicht damit abfinden, dass für ein Viertel aller Kinder
677 in Sachsen-Anhalt die Lebensumstände durch Hartz IV bestimmt werden. Es ist ein
678 sozialpolitischer Skandal, dass ausgerechnet diese Kinder und Jugendlichen auch
679 noch von einem Teil der öffentlichen Bildungsangebote de facto ausgeschlossen
680 werden. Das gilt für den Kindergarten ebenso wie für die Musikschule. Aber auch
681 der Besuch des Gymnasiums in den Klassen 11 und 12 oder der Berufsschule ist
682 angesichts der hohen Fahrtkosten von vielen Betroffenen kaum noch zu
683 schultern. Die Politik des Bundes aber auch des Landes sind hier ausgesprochen
684 kurzsichtig. Wir wollen das ändern. Da, wo es möglich ist, wie zum Beispiel im
685 Kindergarten, bei Fahrtkosten und Schulbüchern, muss die Gesellschaft ihre
686 Verantwortung wahrnehmen.

687
688 Auf den Anfang kommt es an. Die Linkspartei.PDS misst der **frühkindlichen**
689 **Förderung und Bildung** einen hohen Stellenwert bei. Kindertageseinrichtungen
690 sind Bildungseinrichtungen! Sie legen den Grundstein für erfolgreiches Lernen.
691 Was hier versäumt wird, ist nur schwer wieder aufzuholen. Um der
692 wissensbasierten Gesellschaft gerecht zu werden, bedarf es einer hohen Qualität
693 der pädagogischen Arbeit in diesen Einrichtungen. Angebote der frühkindlichen
694 Förderung und Bildung müssen darum allen Kindern unabhängig vom
695 Erwerbsstatus der Eltern offen stehen. Die Linkspartei.PDS besteht also auch
696 weiterhin auf der Forderung, dass alle Kinder einen Anspruch auf Ganztags-
697 betreuung haben müssen.

Für die Entwicklung und Chancengleichheit der Kinder ist ein Zusammenwirken aller Beteiligten entscheidend. Wir haben mit dem Konzept „Frühkindliche Förderung und Bildung – die Kindertagesstätte der Zukunft“ ein Diskussionspapier vorgelegt, mit dem wir sie alle – Kinder, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Schule, aber auch die Wirtschaft – ansprechen und zur Diskussion und Zusammenarbeit einladen. Starke Kinder brauchen starke Eltern. Darum müssen insbesondere für Eltern bedarfsgerechte Beratungs- und Bildungsangebote entwickelt werden, die ihnen helfen ihre Kinder besser zu fördern. Wir wollen die Zusammenarbeit aller Träger und Verbände unterstützen. Wir wollen die größeren Betriebe ermuntern, Betriebskindergärten einzurichten, aber auch die gemeinsame Projektarbeit in Kindereinrichtungen zu unterstützen. Bei allen Vorschlägen und Maßnahmen, die wir entwickelt haben und weiter entwickeln werden, steht der konkrete Nutzen für das Kind im Mittelpunkt.

Dem wollen wir durch eine veränderte **Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher** gerecht werden. Wir wollen eine Hochschulausbildung für sie durchsetzen, wie es mit Ausnahme von Deutschland und Malta europaweite Praxis ist. Das würde auch den hohen Erwartungen entsprechen, die heute an die frühkindliche Bildung in der Öffentlichkeit gestellt werden.

Gemeinsam lernt sich's besser. Eine hohe Bildung ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass junge Menschen ihre individuellen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben wahren und entwickeln können. Wir erachten es darum als erforderlich eine **grundlegende Bildungsreform in Inhalt und Form** in Sachsen-Anhalt auf den Weg zu bringen. Unser Ziel ist eine **Gemeinschaftsschule**, die sich auszeichnet durch ein hohes Bildungsniveau, mehr individuelle Förderung, hohe Bildungsbeteiligung und mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten aller an Schule Beteiligten. Niemand soll ausgegrenzt oder benachteiligt werden.

Für einen erfolgreichen Übergang von der Vorschule in die Schule ist eine intensive Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtung und Schule erforderlich. Sie muss daher ausgebaut werden. In der **Grundschule** sollen die Grundlagen für höchstmögliche Bildungsabschlüsse gelegt werden. Die flexible Schuleingangsphase ist eine Möglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler bessere Lernvoraussetzungen zu schaffen. In ihr sollen Kinder in einem auf die Besonderheiten jedes Kindes möglichst gut zugeschnittenen Bildungsprogramm in jahrgangsübergreifenden Gruppen lernen und so in ein bis drei Jahren das Lernniveau der dritten Klasse erreichen, ohne dass sie die Erfahrung des „Sitzenbleibens“ machen müssen.

Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein die frühe Trennung in unterschiedliche Bildungsgänge zu beenden und den Übergang zu einer Schule für alle Kinder mit

längerem gemeinsamen Lernen schrittweise zu gestalten. **Eine Schule für alle Kinder** zeichnet sich dadurch aus, dass sie alle Kinder in ihrer unterschiedlichen Individualität fördert, leistungsschwache und auch leistungsstarke. In der Sekundarstufe I sollen Wege des Überganges zu einem längeren gemeinsamen Lernen geöffnet werden. Die **Sekundarschule** steht darum im Zentrum unserer Bemühungen und soll vor allem gestärkt werden. Sie soll alle Abschlüsse der Sekundarstufe I ermöglichen und den Weg zum **Abitur nach 12 Schuljahren** ohne Zeitverzug oder Qualitätsverlust öffnen. Kinder mit unterschiedlichem Leistungsvermögen sollen individuell gefördert, Nachteile ausgeglichen werden. Wir setzen dabei auf die Vorzüge des gemeinsamen Lernens. Dafür sollen **zusätzliche pädagogische Fachkräfte** auch in der Sekundarschule zur Unterstützung des Unterrichts eingesetzt werden. So können unterschiedliche Lernvoraussetzungen am besten ausgeglichen und besondere Begabungen am besten gefördert werden. Dem dient auch der verstärkte Einsatz von **Sozialpädagoginnen und -pädagogen** und die Beförderung von **Ganztagsschulangeboten**.

Ziel ist, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler einen qualitativ guten Abschluss der zehnten Klasse erreichen können. Die Entscheidung für einen gymnasialen Abschluss kann im Zuge dieser Veränderungen zunehmend nach der Klasse 9 erfolgen. Im Gegenzug muss die Möglichkeit eingeräumt werden, dass in den Gymnasien die Chance besteht, einen vollwertigen Sekundarschulabschluss nach der zehnten Klasse zu erwerben. Durch diese Öffnung von Sekundarschulen und Gymnasien ermöglichen wir jedem Schüler und jeder Schülerin einen Entwicklungsweg ohne Sackgassen und ohne das Gefühl des Scheiterns, wenn der gymnasiale Weg nicht erfolgreich ist. Zudem machen wir eine Entwicklung der Schullandschaft in Sachsen-Anhalt möglich **ohne sofort die Schulstrukturen zu ändern**.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung verbessert werden. Dazu schlagen wir vor bereits in der Sekundarstufe I **Elemente polytechnischer Bildung** in den Unterricht aufzunehmen. Erfahrungen des produktiven Lernens und von Betriebspraktika sollen dafür genutzt werden. Auch die in Zukunft frei werdenden Kapazitäten von berufsbildenden Schulen können dienlich sein Angebote polytechnischer Bildung in die allgemein bildenden Schulen zu integrieren. Dies und eine bessere und frühzeitige Berufsberatung sollen den Einstieg der Absolventinnen in das Berufsleben erleichtern. Die Schule kann die Voraussetzungen verbessern, notwendig sind aber auch mehr betriebliche Ausbildungsplätze.

Wir erachten es als notwendig ein flächendeckendes Netz leistungsfähiger Bildungsangebote auch in ländlichen Regionen zu sichern. Dafür sollen die Voraussetzungen für die **Schulentwicklungsplanung** verändert und vor allem flexibler gestaltet werden. Zudem soll es den kommunalen Schulträgern ermög-

780 licht werden trotz angespannter Haushaltslage Schulen in einen vernünftigen
781 baulichen Zustand zu versetzen.

782
783 Vielerorts haben Schulen intensive und ideenreiche Beziehungen zu ihrem
784 städtischen oder gemeindlichen Umfeld entwickelt. Vielfältige Kooperationen
785 haben die Angebote von Schulen auch außerhalb des reinen Unterrichts
786 bereichert. Wir wollen diesen Prozess weiter unterstützen und anregen. Es geht
787 uns um ein besseres Angebot von kulturellen, sportlichen und anderen
788 **Freizeitangeboten im Umfeld der Schulen**. Sie können sich so als Zentren
789 regionaler Entwicklung, nicht nur für die junge Generation, entwickeln.

792 ***6. Vor Ort entscheiden. Demokratische Teilhabe stärken. Verwaltung*** 793 ***modernisieren.***

794
795 Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass alles was vor Ort entschieden werden
796 kann, auch vor Ort zu entscheiden ist. Hier liegen die größten Potenziale für
797 **bürgerschaftliches Engagement** und die Übernahme von Eigenverantwortung.
798 Deshalb engagiert sich die Linkspartei.PDS für die Herausbildung von
799 Bürgerkommunen in Sachsen-Anhalt.

800 Verwaltungen, insbesondere die Kommunalverwaltungen, müssen sich als
801 Dienstleister und Partner für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch als Manager
802 und Moderatoren für Bürgerengagement begreifen. Auf Ortsebene sollen **mehr**
803 **Informations-, Beteiligungs- und Entscheidungsrechte** für Bürgerinnen und
804 Bürger eingeräumt werden. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger über
805 Finanzfragen durch die Aufstellung von **Bürgerhaushalten** mitentscheiden
806 können. Die Linkspartei.PDS strebt an, dass künftig auch Aufgaben, die heute
807 durch das Landesverwaltungsamt entschieden werden, wie die Sozialverwaltung,
808 die Schulaufsicht oder auch die regionalen Planungen in den Kommunen
809 angesiedelt werden. Bürgerentscheide sollen auch in Bezug auf solche Aufgaben
810 möglich sein, die vorher beim Land lagen.

811 Wir wollen das **Ortschaftsverfassungsrecht** qualifizieren. Es muss mehr
812 Entscheidungskompetenzen gewählter Ortschaftsräte enthalten und die Wieder-
813 einföhrung von Stadtteilräten. Das alles muss durch angemessene Finanzzu-
814 weisungen gesichert werden. Für Sachsen-Anhalt soll gelten: alles, was der Rat
815 oder der Kreistag entscheiden können, kann grundsätzlich auch von Bürgerinnen
816 und Bürger entschieden werden.

817 Mit dem Wandel hin zur Bürgerkommune wandelt sich zugleich die Aufgaben-
818 zuständigkeit kommunaler Mandatsträger. Bisher sind sie vor allem für Detail-
819 fragen zuständig, für die Toiletten in der Schule, den Kinderspielplatz, den
820 Gehweg oder den Gullydeckel. Das ist gewiss nicht unwichtig. Aber künftig sollen

821 sie zunehmend auch für die strategischen Ziele, für die Entwicklung ihrer
822 Gemeinde oder Region Verantwortung tragen und diese beeinflussen können.
823 Darum müssen sich auch die **Arbeitsbedingungen für kommunale Mandats-**
824 **träger** verändern und so verbessern, dass sie diesen Aufgaben auch gerecht
825 werden können.

826
827 Eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Erweiterung der
828 Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern machen letztlich das **bürgerferne**
829 **Landesverwaltungsamt überflüssig**. Ein moderner, auf zwei Ebenen ausgerich-
830 teter Verwaltungsaufbau wird ermöglicht. Deshalb setzt sich die Linkspartei.PDS
831 auch dafür ein die Kreisgebietsreform auf fünf Regionalkreise auszurichten. Dem
832 Land aber auch den Kommunen soll dadurch eine erneute Reform in wenigen
833 Jahren erspart und gleichzeitig eine kommunale Politikreform hin zu Bürger-
834 kommunen ermöglicht werden.

835
836 Eine Voraussetzung für das aktive Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger ist eine
837 **umfassende Information**, das gilt für Kabinettsbeschlüsse auf Landesebene
838 genauso wie für Beschlüsse der politischen Verwaltungsebene vor Ort. Hier gilt es
839 entsprechende rechtliche Voraussetzungen zu schaffen für bessere Verbraucher-
840 informationen und das Recht auf Akteneinsicht. Wir wollen auch das Petitions-
841 recht stärken.

842 843 844 ***7. Städte, Gemeinden und ländliche Regionen lebenswert gestalten***

845
846 Die Mehrheit der Bevölkerung Sachsen-Anhalts lebt nicht in den Großstädten,
847 sondern in unterschiedlich gewachsenen und strukturierten ländlichen Räumen.
848 Die wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen der vergangenen Jahre
849 erfordern ein neues Nachdenken darüber, wie diese Räume gestaltet,
850 wirtschaftlich gestärkt und die Lebensqualität in ihnen verbessert werden
851 können. Die **Landwirtschaft** ist für die Zukunft nicht nur Lieferant von
852 Nahrungsmitteln und Zulieferer für die Nahrungsgüterwirtschaft in Sachsen-
853 Anhalt. Sie ist zunehmend auch **Partner für die innovativen Unternehmen**.
854 Insbesondere auf dem Gebiet der **erneuerbaren Energien und der**
855 **nachwachsenden Rohstoffe** sind die Verwertungsmöglichkeiten erst im Ansatz
856 erschlossen. Hier bietet sich ein wichtiges Feld für einen stabilen und wirtschaft-
857 lichen Aufschwung durch umweltgerechte Technologien und Ressourcen
858 sparendes Wirtschaften.

859
860 Mit der Erschließung neuer wirtschaftlicher Betätigungsfelder für die ländlichen
861 Räume und ihrem besonderen landschaftlichen Reiz wächst auch ihre

Attraktivität. Dem muss durch eine entsprechende **infrastrukturelle Entwicklung** Rechnung getragen werden. Die Linkspartei.PDS sieht es als dringend geboten die Entwicklung der Städte und Gemeinden dem demografischen Wandel anzupassen. Dazu muss die **Förderpraxis verändert** werden. Sie soll gebündelt und pauschaliert werden, so dass die Kommunen nicht mit einer Vielzahl von Programmen konfrontiert sind, sondern sie entsprechend ihrer Schwerpunktsetzung vor Ort eigenverantwortlich einsetzen können. Unsere Vorhaben zur Kommunalreform sollen Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen über die Entwicklung ihres Ortes selbst zu entscheiden. Dazu gehört für uns auch ein ausgewogenes Netz von sozialen, Kultur- und Bildungseinrichtungen und eine lebendige Vereinstätigkeit in den Kommunen. Dies alles wird zu einem neuen Gesicht der Kommunen führen, in denen man gerne lebt.

Bei der Regional- und Landesplanung, insbesondere beim Stadtumbau muss die demografische Entwicklung künftig noch stärker berücksichtigt werden. Heute verbrauchen immer weniger Sachsen-Anhalter immer mehr Fläche. Das kann, zumal bei zurückgehender Bevölkerungszahl, nicht so bleiben. Wir brauchen nicht immer mehr betonierte Flächen und Verkaufstempel auf der grünen Wiese. Die Zeit ist längst reif von einem extensiven Umgang mit Siedlungs- und Verkehrsfläche zu einer **vorsorgenden Flächenhaushaltspolitik** überzugehen. Dabei geht es um die Wiederbelebung der Innenstädte und der Ortskerne und die Entwicklung des Wohnungsbestandes, so dass er an den tatsächlichen Bedarf auch generationengerecht angepasst wird. Wir wollen die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen besonders unterstützen ein solches **bedarfsorientiertes Wohnungsangebot** entwickeln zu können.

Zu einem modernen Leben gehört selbstverständlich **Mobilität**. Mobil sein können muss man auch ohne eigenes Auto. Um im ländlichen Raum unter den veränderten demografischen Bedingungen Mobilität besonders für ältere und jüngere Mitbürger zu sichern, schlagen wir als Ergänzung des öffentlichen Personennahverkehrs vor „**Gemeindebusse**“ einzuführen, die stärker individuelle Fahrtwünsche berücksichtigen können. Wir halten dies für eines der wichtigen Betätigungsfelder für die von uns vorgeschlagene öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Alternative zu den 1-€-Jobs. Darüber hinaus geht es auch um den angemessenen Erhalt des **schienengebundenen Personennahverkehrs** als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

8. Kultur gehört zum Reichtum dieses Landes

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein Sachsen-Anhalts reiche Kulturlandschaft zu erhalten und zu entwickeln und als weichen Standortfaktor für dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung zu nutzen. Sie ist für uns nicht nur Bestandteil der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden, sondern auch Grundlage für die Entwicklung einer reichen Kulturlandschaft und des Kulturtourismus. Darum hat die Linkspartei.PDS ein **Landeskulturkonzept** eingefordert, das nun in einem ersten Entwurf vorliegt. Wir wollen dieses Landeskulturkonzept als Leitfaden für die kulturelle Entwicklung dieses Landes ausgestalten. Angesichts der demografischen Entwicklungen und vor dem Hintergrund der kommunalen Neugliederung des Landes ist es eine besondere Herausforderung ein **ausgewogenes Netz kultureller Einrichtungen**, von Theatern, Orchestern, Museen, Bibliotheken zu erhalten und für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar zu machen. Dazu bedarf es einer zuverlässigen Finanzierung von Kultureinrichtungen durch das Land und die Kommunen. Unter anderem sollen verlässliche **Theaterverträge** dazu dienen eine ausgewogene und attraktive Theaterlandschaft zu sichern.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein Künstlerverbände in Sachsen-Anhalt zu fördern. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem künstlerischen Nachwuchs. Ein Schwerpunkt für die Partei wird auch weiterhin das Mühen um eine **flächen-deckende Musikschullandschaft** sein, die neben der musikalischen Grundversorgung auch besondere Begabungen fördert, hilft den Berufsnachwuchs zu entwickeln und das Ensemblesmusizieren pflegt. Musikschulen sollen in der Lage sein Kinder mit musikalischen Begabungen unabhängig von der Zahlungsfähigkeit ihrer Eltern zu fördern.

Kultur kommt ohne das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters nicht aus. Wir wollen ihr Engagement durch die **Förderung der Verbands- und Vereinsarbeit** und die Aufwertung des Ehrenamtes in der Kultur stärken und entsprechend würdigen. Kulturelle Angebote sollen für alle Bevölkerungsgruppen unabhängig vom Alter oder der sozialen Lage zugänglich sein. Staatlich geförderte Einrichtungen sollen eine Preisgestaltung vorhalten, die niemanden vom Besuch ihrer Angebote ausschließt. Die Einführung von regionalen Familienpässen betrachten wir als ein Mittel soziale Sonderungen nach dem Einkommen zurückzudrängen.

Unser Ziel ist es eine **kulturelle Grundversorgung** auch bei Haushaltsnotlagen zu sichern. Dafür ist sowohl eine ausreichende Kommunalfinanzierung erforderlich wie auch die Förderung von Angeboten im Landesinteresse durch Verträge oder Richtlinien sowie die Förderung einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit. Die bevorstehende Kreisgebietsreform bietet neue Chancen die Finanzierung überörtlich bedeutsamer Einrichtungen neu zu regeln.

In den letzten Jahren haben Ausstellungen zur Geschichte und Kultur dieses Landes eine überregionale Ausstrahlung gehabt. Mit solchen Pfunden des kulturellen Erbes und des zeitgenössischen künstlerischen Schaffens wollen wir künftig mehr wuchern. Sachsen-Anhalt ist ein Land mit einem großen Reichtum an Kultur und Kunstschatzen, insbesondere an kulturellen Denkmälern. Die „Straße der Romanik“ ist nur ein Beispiel dafür. Der Kunst und Kultur des Landes prägende Einfluss von Renaissance und Reformation haben darin einen unverzichtbaren Platz. Diesen Reichtum gilt es nicht nur zu pflegen, sondern für die Entwicklung des Landes nutzbar zu machen. **Sachsen-Anhalt soll als Reiseziel für Kultur- und Kunstinteressierte** immer attraktiver werden. Landschaften und Brauchtum gehören dazu. So kann das Land Sachsen-Anhalt noch stärker als attraktives Ziel des Tourismus entwickelt werden – einem nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor.

9. Bürgerrechte schützen. Öffentliche Sicherheit stärken

Die Linkspartei.PDS setzt sich für den Erhalt und die Erweiterung demokratischer und starker **zivilgesellschaftlicher Strukturen**, für den Vorrang sozialer Verantwortung und den umfassenden Schutz der Bürger- und Freiheitsrechte als das Fundament einer lebendigen Demokratie ein.

Wir vertreten einen Demokratieansatz, der mit Freiheitsrechten eng verknüpft ist und auf soziale Gerechtigkeit sowie auf eine umfassende Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Belangen durch mehr demokratisches Engagement des Einzelnen hinzielt. Der Persönlichkeitsschutz jedes Bürgers und jeder Bürgerin soll nach unserem Willen gewährleistet bleiben. Die zunehmende Erfassung in Datensystemen und den unbeschränkten Datenaustausch lehnen wir ab.

Die Linkspartei.PDS stellt sich der Aufgabe **öffentliche Sicherheit** zu gewährleisten und Menschen vor kriminellen Bedrohungen sowie vor ungerechtfertigten Eingriffen des Staates in ihre persönliche Sphäre zu schützen.

Unser Konzept zur Öffentlichen Sicherheit in Sachsen-Anhalt zielt auf einen ressortübergreifenden Ansatz. Die Linkspartei.PDS setzt damit auf ein Konzept, das gesellschaftliche Prävention vor Repression stellt und eine weitreichende Beschränkung staatlicher Grundrechtseingriffe einfordert. Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Grundrechte ohne Einschränkungen wahrnehmen können. Dies ist für uns unabdingbare Voraussetzung für öffentliche Sicherheit.

Wir wollen eine bürgernahe, demokratisch strukturierte **Polizei**.

Darum setzen wir uns ein für ein Personalentwicklungskonzept der Polizei, das garantiert, dass sie in der Fläche und vor Ort präsent ist. Die Polizei muss in den Kommunen sicht- und ansprechbar sein. Dazu muss die Polizeistrukturenreform mit

dem Ziel einer Reduzierung der vorhandenen Polizeidirektionen des Landes fortgesetzt werden.

Die **Justiz als dritte Gewalt** ist unerlässlich für den Erhalt der persönlichen Freiheit und Sicherheit sowie die Schaffung von Rechtsfrieden. Für sie müssen darum solche Bedingungen geschaffen werden, die es erlauben Verfahren schneller und in größerer zeitlicher Nähe zur Tat durchzuführen.

Wir wollen, dass die Gewaltenteilung als wichtiger Grundsatz einer demokratischen Gesellschaft auch künftig erhalten wird. Darum darf das Justizministerium auf keinen Fall dem Innenministerium unterstellt werden, das wäre aus unserer Sicht verfassungswidrig.

Die von Gerichten verhängten Strafen sind kein Selbstzweck. Sie dienen nicht nur der Sühne, sondern sie sollen der Resozialisierung des Täters dienen. Um das zu gewährleisten, müssen sowohl die Personalsituation wie auch die baulichen Voraussetzungen in den Justizvollzugsanstalten verbessert werden.

Opfer und Täter müssen Subjekte, nicht Objekte des Verfahrens sein.

Wir wollen darum einen Stiftungsfonds für Opferhilfe einrichten und den Täter-Opfer-Ausgleich ausbauen.

Viele Menschen fordern heute härtere Strafen für Straftäter. Angesichts mancher Verbrechen ist das verständlich. Doch härtere Strafen führen nicht zu weniger Straftaten. Das ist ein Irrglaube. Die Möglichkeiten unseres Rechtssystems sind ausreichend, um Straftäter für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Wir wollen uns viel mehr dafür einsetzen, dass durch die gesamte Politik Straftaten vermieden werden. Wir setzen darum darauf, dass durch eine bessere Politik in den Bereichen Jugend, Bildung, Beschäftigung und Familie die beste Präventionsarbeit geleistet wird.

Weder bei der Polizei noch bei der Justiz halten wir es für angebracht, die öffentlichen und staatlichen Aufgaben zur Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit, wie den Justizvollzug oder das Gerichtsvollzieherwesen, zu privatisieren. Diese Aufgaben müssen unbedingt in den Händen des Staates bleiben.

Auch in der Zukunft werden wir uns aktiv an breiten demokratischen Bündnissen zur **Bekämpfung der rechtsextremistischen und neofaschistischen Kräfte** beteiligen und an ihrer Forderung nach besserer öffentlicher Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen festhalten. Wir treten darum auch für die Aufnahme einer **antifaschistischen Klausel** in die Verfassung des Landes von Sachsen-Anhalt ein.

Wir halten es für erforderlich die gegenwärtige öffentliche Wahrnehmung von NS-Verbrechen sowie die Gestaltungsmöglichkeiten des Gedenkens an die Opfer des

Nationalsozialismus öffentlich zu diskutieren. Die Linkspartei. PDS unterstützt die Errichtung einer Stiftung "Gedenkstätten Sachsen-Anhalt". Neben den bisherigen fünf sich in Landesträgerschaft befindenden Gedenkstätten sollen zusätzlich die KZ-Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin und die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe in Gardelegen auf Grund ihrer überregionalen Bedeutung Bestandteile der Stiftung sein. Angesichts der Tatsache, dass zunehmend Zeitzeugen nicht mehr vorhanden sind, muss **Gedenkkultur in Sachsen-Anhalt** qualifiziert und modernisiert werden. Dieses ist eine wichtige Herausforderung für die Stiftung aber auch für Schulen und Hochschulen in unserem Land.

10. Viele neue soziale Ideen für Sachsen-Anhalt

Es geht um einen Richtungswechsel von nachsorgender Sozialpolitik, die Menschen eher schlecht als recht als Empfänger magerer Unterstützungsleistungen verwaltet, hin zu einer vorsorgenden und tatsächlich aktivierenden Sozialpolitik, die Armut und soziale Ungleichheit nicht verfestigt, sondern abbaut, die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als lohnenswerte Alternative überhaupt erst möglich macht. Die Sozialreformen der vergangenen Jahre haben die Lebenssituation vieler Familien enorm verschlechtert. Für die Sozialpolitik eines Landes bleibt heute nicht selten nur die Chance, Armut und deren Folgen zu mildern, einen **Ausgleich zwischen arm und reich** voranzubringen. Das nehmen wir als Herausforderung an.

Kinder- und Jugendarbeit braucht Verlässlichkeit. Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein. Wir wollen das Berichtswesen abbauen und überbürokratisierte Verwendungsnachweise bei der Arbeit der Jugendverbände zurücknehmen. So wollen wir **Vertrauen in die Träger von Kinder- und Jugendarbeit demonstrieren**. Wir streben mehr Flexibilität bei Durchführung und Abrechnung von Projekten an, denn Quantität steht nicht immer für Qualität. Durch eine Festbetragsfinanzierung in Form von Budgets für die Träger von Jugendeinrichtungen soll über mehrere Jahre **mehr Verlässlichkeit** geschaffen werden.

Die Mittel der Jugendpauschale und des Fachkräfteprogramms wollen wir erhalten, da von diesen Geldern die Trägerlandschaft im kommunalen Bereich erheblich abhängig ist. Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen Projekte der Kinder- und Jugendarbeit auch durch EU-Mittel zu unterstützen.

Zur **Stärkung des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen** sollen die Jugendinitiativen, -vereine und -verbände künftig die Möglichkeit haben eigene oder ehrenamtlich erbrachte Leistungen als eine Form von Eigenmitteln einzuwerben, ohne dass ihnen dafür die finanziellen Mittel gekürzt werden. Davon werden auch kleine und unabhängige Jugendinitiativen profitieren, die auf keine

Verbandsstruktur zurückgreifen können. Diese Möglichkeit ist bis jetzt nicht in Sachsen-Anhalt gegeben – die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen.

Eigentum stiftet! Wir wollen Vermögenden in Sachsen-Anhalt als Stifter die Möglichkeit geben, transparent und verantwortungsvoll besondere soziale Projekte für Kinder und Jugendliche zu fördern.

Viele soziale Ideen für Familien und ihre Kinder. Wir wollen die flächendeckende **Einführung regionaler Familienpässe** befördern, die Eltern mit ihren Kindern viele neue bisher unbekannte kulturelle und soziale Angebote vor Ort eröffnen, darunter den Besuch von Museen, Schwimmbädern, Kursen der Volkshochschulen oder von Bibliotheken. Vor allem einkommensschwachen Familien wollen wir damit eine lebenspraktische Hilfe geben, die ihnen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben wieder ermöglichen soll.

Sozialpolitik soll **bürgernah, unkompliziert und effizient** sein: Angebote für Lebenshilfen in Krisensituationen – Schuldner- und Insolvenzberatung, Ehe-, Lebens- und Erziehungsberatungen, Suchtberatung u.v.a. – werden in den Kommunen in zunehmendem Maße gebraucht. Die Angebote sind aufgrund sehr unterschiedlicher Finanztöpfe zu stark zersplittert. Mit einer **kommunalen Sozialpauschale** wollen wir deshalb die dafür notwendigen Gelder bündeln und den Kommunen für diesen Zweck in die eigene Verantwortung geben. Die Gesundheitsziele unseres Landes sollen gesundheitsbewusstes Handeln befördern. Wir wollen künftig darauf achten, dass auch Familien mit geringem Einkommen und schwierigen Lebenssituationen einbezogen werden.

Die Alten nicht vergessen. Die Linkspartei.PDS tritt für eine **aktivierende Seniorenpolitik** ein, die die Potenziale der älteren Generation und ihre Ansprüche nach gesellschaftlicher und sozialer Integration stärkt. Wir wollen auf die Erfahrungen der Alten nicht verzichten. Darum wollen wir die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren in einem Landesseniorenvertretungsgesetz verankern. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt werden vor allem die „jungen Alten“ immer mehr zur tragenden Kraft des bürgerschaftlichen Engagements und der sozialen Netzwerke in den Kommunen. Durch öffentlich geförderte Dauerarbeitsplätze muss die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass ehrenamtliche Tätigkeit verlässliche Ansprechpartner findet und koordiniert werden kann. Dieser Bereich wird in Zukunft zu einem wichtigen Arbeitsmarkt außerhalb der Wirtschaft heranwachsen.

In die Zukunft zu investieren heißt für uns auch alle sozialen und baulichen Barrieren für **Menschen mit Behinderungen** aus dem Weg zu räumen. Ein neues Landesgleichstellungsgesetz soll ein weiterer Schritt auf diesem Wege dahin sein. Eine Fortschreibung bestehender Strukturen und Hilfeformen mindert Lebensqualität und Teilhabechancen und wird nicht finanzierbar sein. Die bestehenden Strukturen entsprechen nur ungenügend modernen Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben behinderter Menschen. Die Linkspartei.PDS strebt ein Umsteuern an und wird neue Prioritäten setzen. Dabei stehen die Selbstbestimmung behinderter Menschen, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile im Mittelpunkt. Diesen Weg wollen wir im Dialog mit den betroffenen Menschen und ihren Organisationen gehen. Wir wollen trägerübergreifende Budgets sowie Modelle eines Teilhabe-geldes erproben. Zur Herstellung und Sicherung einer barrierefreien Umwelt sollen das Stadtumbauprogramm Ost, das Dorferneuerungsprogramm sowie alle Infrastrukturmaßnahmen entsprechend gestaltet werden.

Sozialpolitik ist ohne Geld nicht zu haben. Aber dadurch werden Menschen wieder zu Selbsthilfe und Engagement ermutigt. Das ist ein Gewinn für alle. Sozialpolitik sichert und schafft Arbeitsplätze.

Die Linkspartei.PDS wählen!

Die Linkspartei.PDS ist eine Partei, die rechnen kann und mit der man rechnen kann. Sie hat Augen und Ohren für die Menschen, die in diesem Land leben und für ihre Sorgen und Nöte ebenso wie für ihre Wünsche und Hoffnungen. Sie achtet Engagement und will es bestärken. Und: Die Linkspartei.PDS ist nicht beratungs-resistent. Wir wollen unser politisches Angebot nicht nur in der Landespolitik umsetzen, sondern auch weiter entwickeln. Das gilt auf jeden Fall, gleich ob die PDS nach der Landtagswahl wieder in der Opposition sein wird oder ob wir einen Partner oder eine Partnerin für eine mögliche Regierungsbildung finden. **Unser Anspruch ist ein Richtungswechsel in der Politik.** Dafür machen wir Vorschläge und dafür werben wir um Ihre Stimme. Darum treten wir auch mit einem **Ministerpräsidentenkandidaten**, Wulf Gallert, an und mit einer Gruppe von Fachleuten, die nachweisen, dass sie das, was wir vorschlagen, auch umsetzen können und die am Zustandekommen unseres politischen Programms großen Anteil haben. Es gehört zum Grundverständnis unserer Politik, dass wir Vereine, Verbände aus Wirtschaft, Kultur und sozialer Arbeit genauso einladen, mit uns gemeinsam nach den besten Lösungswegen für dieses Land suchen, wie wir mit Gewerkschaften gern zusammenarbeiten. Der Volksentscheid zur Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt hat uns dafür gute Erfahrungen gebracht.

1145
1146 Nur eines bleibt unumstößlich: wir wollen uns nicht abfinden mit dem derzeitigen
1147 Zustand und **sozial muss es zugehen**. Wir wollen Menschen bestärken und ihnen
1148 die Möglichkeit geben ihre Angelegenheiten auch in die eigenen Hände zu
1149 nehmen.

1150
1151 Liebe Wählerinnen und Wähler, **nach der Bundestagswahl** hat sich das politische
1152 Kräfteverhältnis in dieser Bundesrepublik verändert. Die Politik des Sozialabbaus
1153 von Rot-Grün ist abgewählt worden, das konservative Lager hat keine Mehrheiten
1154 erringen können. Die Linkspartei.PDS ist nicht nur im Osten mit dem stärksten
1155 Ergebnis in ihrer Geschichte gewählt worden, sie ist auch in mehreren Altbundes-
1156 ländern mit deutlich über 5 % der Stimmen gewählt worden. Mit dem Zusammen-
1157 gehen von WASG und PDS ist die Chance gegeben den Teufelskreis des politischen
1158 und gesellschaftlichen Stillstandes und des ständigen Sozialabbaus zu
1159 durchbrechen. Dass es links von der SPD noch eine klare politische Alternative
1160 gibt, wird zur Normalität in diesem Land werden, wie das in Europa fast überall
1161 seit Jahren oder Jahrzehnten der Fall ist. Die Linkspartei.PDS wird die **Debatte**
1162 **um andere gesellschaftliche Lösungen**, als sie die große Koalition des Sozial-
1163 abbaus seit Jahren predigt, in der Öffentlichkeit endlich in Gang bringen. Sie ist
1164 zugleich ein **Garant dafür, dass der Osten nicht** wie üblich nach der Wahl
1165 **abgeschrieben wird**. Wir bleiben unseren Überzeugungen treu, die wir uns in den
1166 letzten Jahren parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit erarbeitet
1167 haben. Dafür stehen Personen, die Sie aus der politischen Arbeit im Land schon
1168 lange kennen ebenso, wie solche die neu zu uns gekommen sind.
1169 Es gibt also allen Grund uns zu vertrauen und uns Ihre Stimme zu geben **für eine**
1170 **starke linke Politik in Regierung oder Opposition**.

1171
1172 **Darum wählen Sie *DIE LINKE*!**

1173
1174
1175
1176
1177